



28.05.2015 – 09:44 Uhr

ikr: Regierung verabschiedet Vernehmlassungsbericht zur Schaffung eines Gesetzes über Investmentunternehmen

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat an ihrer Sitzung vom 26. Mai 2015 den Vernehmlassungsbericht zur Schaffung eines Gesetzes über die Investmentunternehmen (IUG), die Abänderung des AIFMG, des FMAG und weiterer Gesetze verabschiedet.

Schaffung einer nationalen Regelung für Investmentunternehmen

Im AIFMG ist vorgesehen, dass mit der Übernahme der AIFM-Richtlinie (2011/61/EU) in das EWR-Abkommen das geltende Gesetz über Investmentunternehmen ausser Kraft tritt. Zur Absicherung bewährter Regelungen und darauf beruhender Geschäftsmodelle, aber auch zur Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, ist beabsichtigt, eine eigenständige neue nationale Regulierung für Investmentunternehmen zu schaffen. Dabei handelt es sich um Organismen für gemeinsame Anlagen, die weder AIF noch OGAW sind und ausschliesslich zu Investitionszwecken des eigenen Kapitals von qualifizierten Anlegern dienen.

Die Vernehmlassungsfrist endet am 26. Juni 2015. Der Vernehmlassungsbericht kann bei der Regierungskanzlei oder auf deren Homepage (www.rk.llv.li - Vernehmlassungen) bezogen werden.

Kontakt:

Ministerium für Präsidiales und Finanzen
Kornelia Vallaster, SIFA
T +423 236 76 99

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100773258> abgerufen werden.